



### Österreich



#### Faschismus in blau?

Seit der Spaltung zwischen BZÖ und FPÖ, driftet die Blauen immer weiter ins rechte Eck ab. Nazi-Skins bei Wahlveranstaltungen, antisemitische Ausfälle und deutsch-nationale Burschenafter, die offen leugnen, dass Österreich 1945 befreit wurde, sind keine Seltenheit mehr in der Parteilandschaft der FPÖ...

Seite 2

### Betrieb & Gewerkschaft



#### ÖGB-Kongress: Initiative für Kampfmaßnahmen

Wirtschaftskrise – Lohnkürzungen – Entlastungen: Warum die ÖGB-Spitze keine Antworten hat, und vom Initiativantrag von SozialistenInnen und kämpferischen GewerkschafterInnen berichtet Vorwärts exklusiv. Seite 3

### Schwerpunkt



#### Wenn der Staat den Polizeiknüppel auspackt

Mit Hilfe des §278a wäre möglich die Gewerkschaft als „kriminelle Vereinigung“ abzustempeln. Wie es zu dieser Entwicklung kam und welche politischen Konsequenzen dieser Paragraph hat, werden ausführlich und nicht in Juristensprache erklärt. Seiten 4/5

### Internationales



#### Kein Friede in Sri Lanka

In Sri Lanka herrscht seit Jahren ein blutiger BürgerInnen-Krieg, der nun mit der Niederschlagung der LTTE sein Ende gefunden hat. Der Terror geht jedoch weiter, die TamilInnen werden verfolgt und in Lager eingesperrt. Vorwärts berichtet auch von der Arbeit der United Socialist Party. Seite 7

## Bald 500.000 Arbeitslose, Kurzarbeit und Lohnkürzungen!

# Proteste & Streiks: Ja, natürlich!

von Sonja Grusch, SLP Wien

Schon jetzt leben 250.000 Kinder in Armut. 1.000.000 Menschen sind von Armut bedroht - und diese Zahl steigt rasch weiter.

#### Es brodeln gewaltig

Die erst vor kurzem eröffneten Sozialmärkte, wo Menschen Lebensmittel günstiger kaufen können, sind überannt. Für viele Menschen wird das Leben zum Überlebenskampf. Die Situation wird immer schwieriger, oft unerträglich. Wut und Ärger nehmen zu und stauen sich, wie in einem Druckkochtöpf, auf. Es wird zu Explosionen - vielen kleinen und größeren - kommen.

#### Subventionen für Banken & Unternehmen

Die Unternehmenseite erhält enorme Subventionen vom Staat, die wir über unsere Steuern bezahlen. Und sie erpresst die Beschäftigten nach dem Motto "Lohnverzicht oder Job weg". Tatsächlich werden die Angriffe von dieser Seite immer frecher. Es ist ganz offensichtlich, dass die Wirtschaftsbosse versuchen, die Kosten der Krise auf die Beschäftigten und ihre Familien abzuwälzen. Darüber hinaus wollen sie die Krise nutzen, um noch weitere Verschlechterungen durch zu bringen, oft Pläne die schon längst in den Schubladen lagen.

#### "So kann es nicht weiter gehen..."

... sagen Viele zu Recht. Betroffen sind eigentlich alle - außer eine Handvoll Super-Reicher, ManagerInnen und PolitikerInnen, die hohe Einkommen und Reserven haben und es sich dank ihrer Beziehungen immer wieder richten können. Die Krise tift demgegenüber Männer wie Frauen: Zur Zeit steigt zwar die Arbeitslosigkeit unter Männern (noch) stärker als jene von Frauen. Aber das wird sich bald ändern. Denn am Anfang fallen v.a. die Industrie-Jobs weg wo v.a. Männer arbeiten. In einer zweiten Welle wird auch im Dienstleistungsbereich abgebaut, bzw. die dortigen Frauen durch Männer ersetzt. Und zusätzlich sind es v.a. Frauen, die die Kürzungen des Staates im Sozialsystem durch noch mehr unbezahlte Arbeit bei Krankenpflege und Nachhilfe ausgleichen. Die Krise macht auch nicht vor "Gebildeten" halt. Rund ein Drittel der Praktika, die Stu-



dentInnen leisten (d.h. arbeiten), sind unbezahlt. Auch nach erfolgreichem Studium wird die Jobsuche immer schwieriger. Die meisten Uni-AbsolventInnen hanteln sich von einem schlecht (oder gar nicht) bezahlten Job zum nächsten. MigrantInnen wie ÖsterreicherInnen sind am Bau oder in der Industrie von der Krise betroffen. Und die Jugendarbeitslosigkeit steigt ebenso wie jene von Älteren. Zusammengefasst lässt sich sagen: ob jung oder alt, Frau oder Mann, ÖsterreicherIn oder MigrantIn - wer nicht reich ist, sieht einer düsteren Zukunft entgegen. Wenn wir uns nicht wehren!

#### Wer sich nicht wehrt - lebt verkehrt!

Gar nicht so wenige blicken hierzulande inzwischen nach Frankreich oder Britannien, wo es Massendemonstrationen und Streiks gibt und wo Beschäftigte ihren Betrieb besetzen um Schließungen zu verhindern. Aber hier, bei uns, ist so etwas überhaupt möglich? Mitte Juni wird im Profil (Nr. 25) eine Studie zitiert, in der 15 % angeben, es käme für sie in Frage "ein Gebäude oder eine Fabrik zu besetzen". Bei einer Umfrage der Postgewerkschaft sind 95% dafür "alle gewerkschaftlichen Maßnahmen gegen Postämterschließungen und Personalabbau bei der Post

(zu) ergreifen". Die LehrerInnen stimmen fast geschlossen für Streikmaßnahmen. Natürlich ist der Schritt von einer Abstimmung zu einer tatsächlichen Streik noch ein großer. Aber die Stimmung wird hier doch sehr deutlich: es kann so nicht weiter gehen, wir müssen endlich was tun und uns wehren!

#### Gewerkschaften ohne Biss

Der ÖGB hinkt dieser Stimmung weit hinterher. Wenn ihm heute nur mehr 26% vertrauen, dann liegt das am Kuschelkurs. Die Demonstration am 13. Mai gegen die drohenden Reallohnverluste war nicht nur deshalb relativ schwach besucht, weil sie während der Arbeitszeit stattfand. Sondern auch deshalb, weil viele das Gefühl hatten "schon wieder eine Demo, das bringt eh nichts". Am 24. April waren 60.000 SchülerInnen österreichweit im Streik gegen die Verlängerung ihrer Arbeitszeit. Seit Anfang April hat sich eine Bewegung aufgebaut die einen vollständigen Sieg für die SchülerInnen bedeutete: keine Mehrarbeit. Die LehrerInnengewerkschaft aber hat den geplanten Streik abgesagt und sich mit Schmiere auf einen faulen Kompromiss (Mehrarbeit & Lohnkürzungen) geeinigt. Wer nicht kämpft, hat schon verloren...

#### Proteste & Streiks: Ja, natürlich!

GewerkschafterInnen verschiedener Fraktionen unterstützen einen Initiativantrag am ÖGB-Kongress (1-2.7.) der sich für einen branchenübergreifenden bundesweiten Streiktag im Herbst ausspricht. Ein solcher Streik muss gut vorbereitet sein, gibt also die Möglichkeit zu intensiven Debatten in den Gewerkschaften und den Betrieben. Ein solcher Streik kann ein erstes starkes Zeichen für die Unternehmen sein, dass wir nicht mehr einfach alles hinnehmen. Und ein solcher Streik kann der Beginn einer selbstbewussten und kämpferischen Gewerkschaftsbewegung sein, die für höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung eintritt und nicht mehr die Interessen der Unternehmen, sondern jene der Beschäftigten ins Zentrum rückt.

Bei der Sozialistischen LinksPartei kannst Du / können Sie aktiv werden und gemeinsam mit Gleichgesinnten in Betrieben, Ämtern, Schulen und Universitäten gegen die Krise und ihre Auswirkungen auftreten. Alle Informationen findest Du / finden Sie auf [www.slp.at](http://www.slp.at)



## Der Standpunkt

von Sonja Grusch,  
SLP-Bundessprecherin

## Grün = Hoffnung

Die FPÖ bedient gerne das Bild des hinterweltlerischen, frauenfeindlichen Moslems. Ja klar, solche gibt's. Aber auch andere. Die Entwicklung in Iran zeigt, dass keine Religion reaktionärer ist als eine andere und soziale Proteste die Religionsfrage in den Hintergrund drängen. Zu Redaktionsschluss gehen die Wogen hoch. Massenproteste in den Städten, Polizeigewalt, Tote und Repression durch das Regime. Auslöser sind die Präsidentschaftswahlen und ihr fragwürdiger Ausgang. Aber längst geht es um mehr. Die Menschen sind in Aufruhr, es herrscht das Gefühl "so geht es nicht weiter". Die herrschende Klasse ist gespalten über die Frage, wie mit den Protesten und der Situation überhaupt umgehen. Mousavi ist kein echter "Oppositioneller", als solcher hätte er gar nicht kandidieren dürfen. Er ist Teil des Establishments. Aber er gehört einer anderen – dem Westen genehmeren – Fraktion an, als Ahmedinejad. Er ist nicht der Anführer, sondern ein Getriebener der Proteste, die sich längst verselbstständigt haben. Die Forderungen der v.a. jugendlichen und weiblichen DemonstrantInnen gehen über die Wahlfrage hinaus. Basis dafür sind die wachsenden sozialen Probleme und die Unzufriedenheit der mehrheitlich jugendlichen Bevölkerung mit dem theokratischen Regime. Der Ausgang der Proteste ist völlig offen. Entscheidend wird sein, wie sich die ArbeiterInnen zu den Protesten stellen. Ob sie auch mit Streiks eingreifen und eigene Forderungen aufstellen. Entscheidend wird auch sein, ob sich Strukturen – politische Organisationen aber auch Komitees zur Koordination – entwickeln, die die Bewegung weitertragen können. Fehlen sie, kann der eine oder andere Flügel der jetzigen herrschenden Elite die Bewegung niederschlagen oder in eine Sackgasse führen.

Zur Zeit ist die Farbe der Bewegung in Iran Grün – als Anspielung auf den Islam. Nicht weil die Menschen alle religiöse Fundamentalisten sind, sondern weil eine organisierte Linke fehlt. Es sei daran erinnert, dass die Mullahs 1979 erst an die Macht kamen, als die linken Organisationen schwere Fehler machten – erst dann wurde aus der sozialen eine islamische Revolution. IranerInnen die damals flüchten müssen, SozialistInnen und GewerkschafterInnen in Österreich können an die linken Traditionen in Iran anknüpfen und in diesem Sinn die Bewegung unterstützen. Die Herrschenden im Westen verhalten sich zögerlich – klar, ein Sturz des iranischen Regimes durch die IranerInnen könnte ja Schule machen...

## Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

# Faschismus in blau?

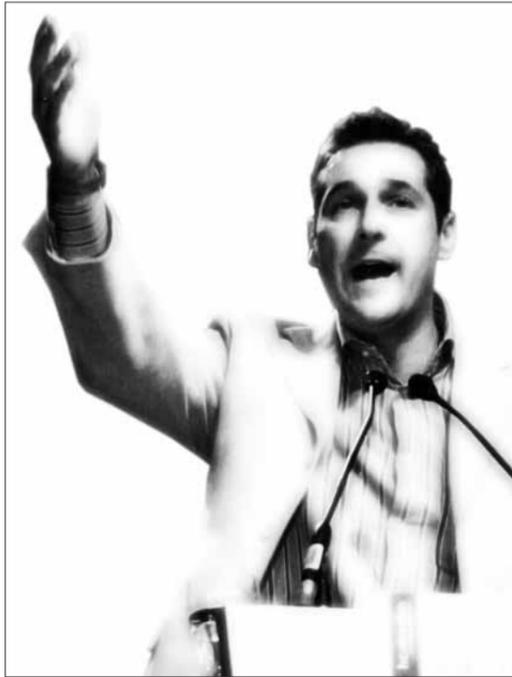
Die FPÖ marschiert immer weiter nach rechts.  
Doch wo wird sie ankommen?

von John Evers, SLP-Wien

"Zick-Zack-Zigeuner-Pack" schrie ein von Neonazis angetriebener Mob bei der FPÖ-Abschlussveranstaltung zur EU-Wahl den linken Gegendemonstranten entgegen. Versuche, die Demonstration auch anzugreifen, wurden - dieses Mal - von der Polizei durch Verhaftungen unterbunden. Es sind Szenen, die inzwischen typisch für Massenversammlungen der Freiheitlichen sind. Inhaltlich kann sich die FPÖ inzwischen der Zustimmung selbst militanter Nazis ohnehin sicher sein: Vom NS-Verbotsgesetz bzw. der Forderung nach dessen Abschaffung, über antisemitische Ausfälle bis hin zum aggressiven Rassismus werden hier alle Themen entsprechend bedient.

Nicht wie in den 1920er und 30er Jahren, aber ...

In der historischen Betrachtung entwickelte sich der Faschismus nicht in einer geraden Linie, sondern im Rahmen vielfacher Brüche, Umgruppierungen und Spaltungen. Ebenso haben faschistische Strömungen in der Geschichte sehr unterschiedliche Ausformungen erhalten: Von der militanten Splittergruppe, über den österreichischen Klerikalfaschismus, dem antisemitisch geprägten Nationalsozialismus bis hin zu den italienischen Neofaschisten, die seit dem Ende des zweiten Weltkriegs im italienischen Parlament stets vertreten waren. Ähnlich vielschichtig formieren sich heute - vor dem Hintergrund der Krise - faschistische Kräfte in Europa. Sie



entstehen zum Teil aus existierenden Rechtsparteien - die in den 1990er Jahren noch einen neoliberalen Kurs verfochten haben - oder können auch Neugründungen sein. Vor allem in Mittel- und Osteuropa, aber auch in anderen Teilen des Kontinents existieren jedenfalls inzwischen faschistische Parteien, die bei Wahlen durchaus Massenunterstützung er-

halten können; wie z.B. erst jüngst bei der EU-Wahl in Ungarn.

Wo steht die FPÖ heute?

Seit dem Bruch mit dem BZÖ hat in der FPÖ ein bisher ungebremster Trend nach Rechts stattgefunden. Thematisch dockt die FPÖ inzwischen dort an, wo sich faschistische Parteien wie die bundesdeutsche NPD bereits länger befinden; nicht zuletzt mit einer Kapitalismuskritik, die ein rabiaten "Ausländer Raus" als die zentrale Alternative und Lösung von allen sozialen Problemen darstellt. Treibend ist hier ein Machtzentrum um Strache, Rosenkranz, Mölzer, Graf (...), welches ganz offensichtlich aus einem entsprechenden Milieu kommt und von diesem geprägt ist. Diesen Leuten ist es absolut zuzutrauen, dass sie künftig auch vor dem bewussten Einsatz von Gewalt und Schlägertrupps gegen MigrantInnen und Linke nicht zurückscheuen. Gleichzeitig trägt die FPÖ aber nach wie vor stark den Charakter einer Protestpartei; die Mehrheit ihrer WählerInnen würde von einer weiteren, auch gewalttätigen Radikalisierung derzeit tendenziell abgeschreckt werden. Doch nicht nur dieser "Balanceakt" zwischen enger Ideologie/Militanz und breiter Protestpartei entscheidet über die künftige Entwicklung der Freiheitlichen. Entschlossene Mobilisierung gegen Rechts, die Entwicklung von Klassenkämpfen und vor allem der Aufbau linker Alternativen würden diese Entwicklung entscheidend beeinflussen bzw. könnte die FPÖ insgesamt zurückdrängen.

Nach den Rekordverlusten bei den EU-Wahlen:

## Warum steckt die Sozialdemokratie in der Krise?

von Albert Kropf, SLP-Wien

In der SPÖ Zentrale gab es auch schon mal mehr zu lachen. Die EU Wahl hat die 9. Wahlniederlage der "Ära" Faymann gebracht. Gerade noch über 20 %, nicht mehr weit vor H. P. Martin und klar hinter der ebenfalls geschlagenen ÖVP. Vor noch nicht einmal einem Jahr hat die SPÖ die Nationalratswahlen mit matten 29,3 % "gewonnen". Und das war noch vor der Ausbreitung der Weltwirtschaftskrise von den USA nach Europa und dem Rest der Welt.

Keine Konzepte gegen "Turbokapitalismus"

In den 1970er Jahren hatte die SPÖ über 700.000 Mitglieder, bei der EU-Wahl 09 nicht einmal so viele WählerInnen. Warum tut sich also die SPÖ so schwer, gerade jetzt, wo es an der Zeit wäre alternative Konzepte zu "Turbokapitalismus" und Neoliberalismus zu bringen? Nun, sie ist dabei nicht allein, sondern es geht ihr dabei wie allen anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa, die sich alle "warme Ohren" bei der EU Wahl abgeholt haben. Das klärt allerdings noch nicht die Frage. Die Antwort ist simpel: Die Sozialdemokratie hat keine Antwort auf die Krise, weil sie selbst in einer Krise ist.

Politische Krise und Strukturwandel

Seit den 80er Jahren wechselten die sozialdemokratischen Parteien das Lager. Beschleunigt wurde der Abschluss dieses Verbürgerlichungsprozesses durch den Zusammenbruch des Stalinismus. Die SPÖ wurde über Jahrzehnte hinweg von der ArbeiterInnenklasse und vor allem auch ihrer fortschrittlichsten Teile als "ihre Partei" angesehen. Gesellschaftliche Polarisierungen und politische Kämpfe spiegeln sich folglich auch immer - mal stärker, mal weniger - in der SPÖ wider.

In den 1970er Jahren hatte die SPÖ über 700.000 Mitglieder, bei der EU-Wahl 09 nicht einmal so viele WählerInnen.



Das deshalb, weil eine "organische" Verbindung zwischen der SPÖ und der ArbeiterInnenbewegung bestand. Doch die Verbindung von Klasse und Partei reduzierte sich immer stärker auf ein StellvertreterInnenentum - die Partei kümmert sich um alles und das Einzige, was die ArbeiterInnen noch tun mussten, war die SPÖ zu wählen. Diese Entpolitisierung der Basis, betrieben durch die Führung der Partei und Gewerkschaften, ermöglichte erst die Koalition von 1983 mit der FPÖ und dann ab 1986/87 die Durchdringung der SPÖ mit neoliberalem Gedankengut. Und das ohne, dass es zu einem Aufschrei oder einer "Rebellion" an der Basis gekommen wäre. Als Folge kehrten immer mehr ArbeitnehmerInnen der SPÖ den Rücken und wurden aufgrund der Erfahrungen von Kürzungen, Sozialabbau, Privatisierungen und dem Vakuums auf der Linken in die Hände des Rechtspopulismus getrieben. Das waren vorerst hauptsächlich jene ArbeiterInnen, die selbst tiefstehende Vorurteile gegen MigrantInnen etc. hatten. Aber genau dieser "niedrige Bewusstseinsstand" war auch Ausdruck der verfehlten Politik der SPÖ und der immer loseren Verbindung von Klasse und Partei. Was blieb war eine leere Partei und eine enorme Dynamik am "WählerInnenmarkt" um den sich immer ähnlicher werdende Parteien und PolitikerInnen stritten.

Verfechter der neoliberalen EU

In diesem Prozess verschrieben sich auch die meisten sozialdemokratischen Parteien an dem Konzept der Europäischen Union - ohne wenn und aber! Es war der Zeitpunkt, wo die EU zur Speerspitze gegen die Rechte der ArbeitnehmerInnen aufgebaut und eingesetzt wurde. Das "alte" sozialdemokratische Konzept wurde schließlich zu Gunsten eines diffusen, neoliberalen Europagedankens aufgegeben. Das funktionierte auch eine Zeit lang recht gut. Viktor Klima ließ sich mit Schröder (SPD) und Blair (Labour) auf Plakatwände kleben. Die Wende schien geglückt. Doch die neue Sozialdemokratie war ein reines Schönwetterprogramm. Mit den ersten Anzeichen von Krisen Ende der 90er Jahre bröckelte der Putz sehr schnell ab. Viktor Klima kennt heute keiner mehr, Schröder sitzt mit einem Bein in russischen Staatsfirmen und Blairs Nachfolger Brown versenkt Labour gerade in der politischen Bedeutungslosigkeit.

Anbiederung an rechts

Die Parteiführung macht sich auf die Suche nach den verlorenen WählerInnen, findet diese bei der FPÖ und schlussfolgert: Ausländer raus ist ein Konzept. Die SPÖ sagt das natürlich nicht so plump und offen rassistisch



wie die FPÖ. Aber ihre Taten sprechen eine deutliche Sprache. Weitgehende Umsetzung des rassistischen Haider-Volksbegehrens durch SPÖ-Innenminister, die auch das Asylrecht ausgehöhlt haben. Weiterführung der blauschwarzen Anti-Ausländerpolitik durch Faymann & Co. Zustimmung zu Fekters Anti-AsylwerberInnen-Paket. Eine Hausordnung in Wien um den MigrantInnen zu zeigen, wer der (österreichische) Herr im Haus ist. Aber die Taktik funktioniert nicht, die SPÖ verliert weiter - und geht in Ermangelung anderer Erklärungen weiter nach rechts.

Der Kapitalismus steckt in der Krise – und mit ihr die Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie steckt in der Krise, weil ihr System - das des kapitalistischen Europa - in der Krise steckt. Sie steckt in der Krise, weil sie bis auf Milliardenförderungen für Banken und Konzerne den Menschen keine Auswege aus der Krise aufzeigen kann. Sie steckt in der Krise, weil ihre Verbindung zur ArbeiterInnenbewegung maximal noch auf Hüllen und einigen Ritualen beruht. Und sie steckt in der Krise, weil letztlich das Bürgertum für eine derartige Sozialdemokratie keinen Nutzen mehr sieht.

Diskussionsveranstaltung

SPÖ – Links blinken,  
rechts abbiegen?

Gibt es Möglichkeiten die SPÖ für linke Politik zurück zu gewinnen?

mit  
► Wolfgang Moitzi, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend

Termin auf [www.slp.at](http://www.slp.at)  
im Amerlinghaus, Wien 7, Stiftgasse 8

# Opel/GM: Wenn Staat und Gewerkschaften "sanieren"

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Die Wirtschaftskrise hat die Automobilindustrie schwer angegriffen. General Motors, einst weltweit größter Autokonzern, schreibt bereits seit Mitte der 1990er Jahre rote Zahlen und steht jetzt endgültig vor dem Zusammenbruch.

## Staaten und Gewerkschaften "retten" GM

In Zeiten der Krise besinnen sich die Unternehmen auf "ihre" Nationalstaaten und fordern deren Unterstützung. Die staatlichen Finanzspritzen in der Höhe von ca. 10 Mrd. Dollar konnten das Überleben von General Motors nur für wenige Monate garantieren. Am 1. Juni 2009 meldete GM offiziell Insolvenz an. GM wird aufgeteilt. Dabei sollen 72% der Aktien in Besitz der Regierungen der Vereinigten Staaten, Kanadas und Ontarios gehen. 17,5% der Aktien gehen an die UAW (United Auto Workers - AutomobilarbeiterInnenengewerkschaft in der USA) und die Canadian Auto Workers - deren kanadisches Pendant. Doch die umfangreiche Beteiligung der Gewerkschaften bedeutet keine Stärkung der Position der ArbeiterInnen im Konzern...

Die Argumentation der Regierung Obama für das Einbinden der Gewerkschaften spricht Bände über deren Politik. Die Gewerkschaften seien einzubinden, da sie "einen unglaublich wertvollen Beitrag zur Senkung der Produktionskosten" geleistet hätten. Obama spricht damit die Zustimmung der UAW-Führung zu Lohnverlusten von bis zu 70% an. Die Gewerkschaftsführungen sind auch bereit, der Streichung von 47.000 der 240.000 Arbeitsplätzen zuzustimmen um GM zu sanieren.

Die Strategie der Regierung und des Managements ist klar. GM soll auf Kosten der Beschäftigten und der amerikanischen SteuerzahlerInnen wieder "fit" gemacht werden. Wenn der Konzern saniert ist, soll er re-privatisiert werden, um wieder Milliardengewinne für private AktionärInnen abzuwerfen. Die Einbindung der Gewerkschaftsführung ist notwendig, um aktiven Widerstand der GM-ArbeiterInnen gegen Lohnabbau und Arbeitsplatzverlust zu unterbinden.

GM hat sich von Opel "getrennt". Aus Sicht des GM-Managements ein notwendiger Schritt zur Sanierung des Konzerns. Die deutsche Regierung hat im Bieterverfahren dem austro-kanadischen Konzern Magna den Zuschlag gegeben. Ähnlich wie bei GM in den USA wird die Sanierung von Opel Deutschland auf dem Rücken



*Die Wirtschaftskrise hat die Automobilindustrie schwer angegriffen. General Motors, einst weltweit größter Autokonzern, schreibt bereits seit Mitte der 90er Jahre rote Zahlen und steht jetzt endgültig vor dem Zusammenbruch.*

der Beschäftigten ausgetragen werden. Europaweit sollen über 11.000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Mehrere Werke sollen gänzlich geschlossen werden. Zusätzlich soll die deutsche Regierung noch mit einer staatlichen Garantie von drei Milliarden Euro einspringen.

## Widerstand international organisieren!

Die SLP und unsere Schwesterorganisationen in Deutschland und den USA stellen den Plänen von Regierungen und Management das Konzept der Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle durch Beschäftigte und Gesellschaft gegenüber. Das ist etwas völlig anderes als die 17,5 % Aktien für die Gewerkschaften. Es bedeutet, dass nicht mehr im Interesse privater GroßaktionärInnen, sondern nach den Bedürf-

nissen der Gesellschaft und den Möglichkeiten der Belegschaften produziert wird. Das bedeutet vor allem, dass die Beschäftigten, die Gewerkschaften und die Gesellschaft zu entscheiden haben, was (!) produziert wird - und nicht die KapitalistInnen. Die Zukunft liegt nicht in der Produktion von benzinfressenden Großwagen sondern in einem völlig anderen Verkehrskonzept mit einem massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs und viel weniger, dafür aber sparsamen und ökologischen Autos. Es führt daher zu keiner Lösung, wenn nach der Sanierung das Unternehmen wieder privaten Investoren zum Fraß vorgeworfen wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sich die Beschäftigten von Opel, GM und Magna international zusammenschließen und gemeinsam kämpfen.

## MAGNA ist ...

... Lohndruck

... Arbeitsplatzabbau

... autoritärer Führungsstil

Gemessen am Umsatz ist Magna nach Bosch und dem japanischen Konzern Denso der drittgrößte Autozulieferer der Welt. Mit rund 74.000 Beschäftigten produziert Magna Chassisysteme, Wageninnenraumverkleidungen, Autositze bis hin zu Cabrio-Verdecken.

Der angebliche "self-made-man" Stronach leitet das Unternehmen wie ein Patriarch. Sein Leitsatz wird in Medienberichten mit den Worten wiedergegeben: "Wer das Gold hat, macht die Regeln." Seine Firmenphilosophie ist in einem Handbuch für Mitarbeiter niedergeschrieben, das von Stronach großspurig als "Magna Charta" deklariert wird. Darin fantasiert er unter anderem davon, dass UnternehmerInnen und ArbeiterInnen gleiche Interessen hätten.

Ein Mitspracherecht gibt es aber in der "Magna Charta" ausdrücklich nicht. Stronach: "Ich war selbst Arbeiter, ich weiß also, was ein Arbeiter braucht." In seinen Betrieben sind Betriebsräte unerwünscht. Stronach lässt vielmehr ein Netz von "Vertrauensleuten" aufbauen, die den "Interessenausgleich" organisieren.

Stronach weiß auch, was sein Unternehmen braucht, nämlich ein Netz von PolitikerInnen und namhaften BankmanagerInnen in Magna-Spitzenpositionen. Der ehemalige Finanzminister Karl-Heinz Grasser (FPÖ), stand kurzzeitig auf Stronachs Gehaltsliste, wie auch der ehemalige SPÖ-Geschäftsführer, Andreas Rudas. Gerhard Randa, einst Vorstand der HypoVereinsbank und davor Chef der Bank Austria, arbeitet für Stronach und sitzt im Vorstand des Magna-Konzerns. Im Aufsichtsrat saß der frühere Weltbank-Präsident James Wolfensohn; der frühere Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) sitzt noch immer dort.

Die Übernahme von Opel ist auch ein Affront gegen die österreichischen Magna-Beschäftigten. Wenige Monate vor den Übernahmeverhandlungen hat das Management den ArbeiterInnen einen Lohnverzicht von zehn Prozent abverlangt, um "das Unternehmen durch die Krise zu führen". Die versteckte Drohung mit Arbeitsplatzabbau und die Argumentation, nur so könne man "gemeinsam" die Krise der Automobilindustrie überleben, waren blanker Hohn. Offensichtlich ist das Geld nicht für Löhne, sehr wohl aber für die Opel-Übernahme vorhanden.

# ÖGB-Kongress: Initiative für Kampfmaßnahmen!

Von 1.-2. 7. findet der Bundeskongress des ÖGB statt. Das Ergebnis der Vorsitzendenwahl steht bereits fest. Trotz sinkender Mitgliederzahlen wird der "Reformprozess" als erfolgreicher Weg verklärt werden. Und Sozialminister Hundstorfer kann sich sicher über Beifall freuen; obwohl maßgebliche Forderungen der Gewerkschaften (Erhöhung des Arbeitslosengeldes, etc...) bisher nicht erfüllt wurden. Tatsächlich befindet sich der ÖGB in einer sehr ernsten Situation: Vor allem die Forcierung der Kurzarbeit droht sich zur gewerkschaftlichen Sackgasse zu entwickeln. Offen fordern die Unternehmer nämlich inzwischen die Abschaffung des Kündigungsschutzes, von Behaltensfristen etc... Auch das Wort "Nulllohnrunde" wird im Herbst wieder auftauchen. Was hat der ÖGB vor dem Hintergrund der Krise in seinem Leittrag dazu zu sagen?

## Nichts Weitreichendes – Wenig Konkretes

Im Leittrag fordert der ÖGB hier

lediglich die Regulierungen der Banken und die Aufsicht über den Finanzmarkt zu verstärken. Kein Wort von ökonomischen Alternativen zum bestehenden System, das uns in den Abgrund geführt hat. In völliger Verkennung der realen Lage und der Angriffe der Gegenseite wird abstrakt an "den Staat" und "die Politik" appelliert: "Der Einfluss der Politik, zu dem sich der ÖGB ausdrücklich bekennt, ist eine wichtige Grundlage für den Sozialstaat, der durch Reformen immer wieder zu festigen ist." Zur Erinnerung: Längst sind es neben der ÖVP, auch SPÖ-PolitikerInnen, die für Arbeitszeitverlängerung eintreten und das Streikrecht in Frage stellen. Wir meinen: mit Allgemeinplätzen kommt man in Zeiten wie diesen nicht mehr weit.

## Der Initiativantrag

Der ÖGB-Kongress findet vor dem Hintergrund der tiefsten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren statt. Die Konsequenzen sind für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und

ihre Familien dramatisch. Wir haben es mit Argumenten, mit Petitionen, mit Demonstrationen und Betriebsversammlungen versucht. Aber die Angriffe der Wirtschaftsseite gehen weiter. Sie wollen, dass WIR - also die Masse der ArbeitnehmerInnen - für die Krise zahlen sollen. Immer mehr KollegInnen fordern, dass nun die nächsten Schritte folgen müssen.

Weil wir Gewerkschaftsmitglieder gemeinsam deutlich zeigen wollen, dass wir bereit sind, für unsere Interessen zu kämpfen...

► Organisiert der ÖGB vor Beginn der Lohnrunden im Herbst 2009 einen eintägigen bundesweiten Streiktag mit einer gemeinsamen Großdemonstration in Wien als ersten Schritt zu weiteren Kampfmaßnahmen

► Die Gewerkschaften sind gefordert um Betriebe, Jobs und Einkommen zu sichern. Aber nicht in dem Milliarden an Unternehmen verschenkt werden. GewerkschafterInnen sind für die Übernahme von Betrieben durch die öffentli-

che Hand - ohne Betriebs-schließungen, ohne Stellenabbau, ohne Lohnkürzungen.

## Warum wir das wollen

Weil wir uns weitere Angriffe wie Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung bzw. Kurzarbeit mit Lohneinbußen sowie Streichungen bei Pensionen, Gesundheit und Bildung nicht leisten können...

Weil wir ein starkes und v.a. gemeinsames Zeichen aller Beschäftigten gegen die Angriffe brauchen und uns nicht gegeneinander ausspielen lassen, wie das bei den LehrerInnen versucht worden ist...

Weil wir eine Aktion brauchen, an der sich alle KollegInnen beteiligen können, egal ob Großbetrieb und Kleinunternehmen...

Damit der Antrag gestellt werden kann...

Aber ein solcher Antrag kann von Mitgliedern des ÖGB nicht einfach gestellt werden - hier gibt es hohe Hürden. Konkret müssen 20% der ordentlich Delegierten den Antrag

unterschreiben, damit er gestellt werden kann.

Die SLP und andere GewerkschafterInnen sammeln schon jetzt unter Gewerkschaftsmitgliedern - egal ob ordentlich Delegierte oder nicht - Unterschriften für den Initiativantrag.

## Unterstützen auch Sie uns

► durch eine Unterschrift (online auf [www.slp.at](http://www.slp.at) oder Liste ausdrucken, Unterschreiben und faxen an 01-8174955-1464)

► durch das Sammeln von Unterschriften

► durch die aktive Teilnahme in der Kampagne

Wie sieht kommunistische/sozialistische Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit im Zeichen der Krise aus?  
Diskussionsveranstaltung

Termin auf [www.slp.at](http://www.slp.at)  
im Amerlinghaus, Wien 7, Stiftgasse 8

# Wenn der Staat den Polizeiknüppel auspackt

*Warum nehmen staatliche Repression und Polizeigewalt zu? Wer oder was ist der Staat überhaupt? Welche Erfahrungen gibt es? Und welche weiteren Entwicklungen können wir erwarten?*

von Franz Neuhold, SLP Wien

„Wie hältst Du es mit dem Staat“ – war von Beginn eine der Schlüsselfragen für und in der ArbeiterInnenbewegung. Für MarxistInnen resultiert die Existenz des Staates aus den Klassengegensätzen in der Gesellschaft. Der Staat als scheinbar über den Klassen stehender unabhängiger „Schlichter“, dient demnach in der Realität der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung und damit der jeweils herrschenden Klasse. Friedrich Engels schrieb, dass deshalb vor allem in der Krise – welche die Ordnung in Frage stellt – die Repression steige: Die öffentliche Gewalt „verstärkt sich aber in dem Maß wie die Klassegegensätze innerhalb des Staates sich verschärfen ...“ Demzufolge kann der staatliche Repressionssapparat im Kapitalismus nicht einfach reformiert werden; er muss aufgelöst und durch demokratische Organe ersetzt werden, um eine neue Gesellschaftsordnung zu ermöglichen. Gleichzeitig stellt der Staat und seine jeweils konkreten „Verfassung“ auch jenen Raum dar, in welchem sich wichtige Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung im Kapitalismus manifestieren: z.B. Wahlrecht, Arbeitsrecht und Sozialgesetzgebung, ja selbst Elemente betrieblicher Demokratie und Kontrolle über die festgeschriebenen gewerkschaftlichen Rechte und die Existenz verstaatlichter Unternehmen. Hier haben sich MarxistInnen auch stets bemüht, Angriffe auf diese Errungenschaften abzuwehren – z.B. im Kampf gegen die Einschränkung demokratischer Freiheiten oder die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen. Was auf den ersten Blick manchen vielleicht als Widerspruch erscheint, gehört in Wirklichkeit zusammen. Denn wir meinen, dass historische und aktuelle Beispiele zeigen: Nur wer bereit ist, den bürgerlichen Staat bzw. die bestehende Ordnung als solches in Frage zu stellen, wird im Kampf um demokratische und soziale Rechte und deren Verteidigung – v.a. in der Krise – nicht scheitern.

## Erfahrungen der ArbeiterInnenbewegung

Die Politik der sozialdemokratischen Führung am Beginn des 20. Jahrhunderts war demgegenüber von einer grundsätzlich positiven Haltung gegenüber dem bürgerlichen Staat und vor allem seiner Reformierbarkeit geprägt. Der Staat wurde von einer bewaffneten Verteidigungsstruktur der kapitalistischen Verhältnisse zum Hauptinstrument der Veränderung umgedeutet. Für die Abwendung der Sozialdemokratie vom Marxismus war paradoxerweise das organisatorische Wachstum der Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg (mit-)verantwortlich gewesen: Vor dem Hintergrund eines massiven Wirtschaftsaufschwungs wurde Teile des inzwischen mächtigen Partei- und Gewerkschaftsapparats in die staatlichen Organe integriert. Nach 1918 führte etwa in Österreich und Deutschland die Sozialdemokratische Partei sogar den (bürgerlichen) Staat – und rettete ihn damit. Was allerdings „übersehen“ wurde: Nicht der Staat und demokratische Wahlen, sondern der Druck und die Stärke sozialer bzw. revolutionärer Bewegungen – v.a. 1917/18–1920 – waren es gewesen, welche zu Errungenschaften geführt hatten. Da die bestehende Ordnung an sich nicht angetastet wurde, blieb das damals Erreichte nicht von Dauer. Die tiefe Krise des Kapitalismus in den 1920er Jahren engte die Spielräume für Zugeständnisse entscheidend ein; auf Widerstand gegen Kürzungen reagierte die Gegenseite zunehmend autoritär. Im austrofaschistischen Ständestaat wurden demokratische Freiheiten abgeschafft und der Weg zur Nazi-Diktatur geebnet. Diese Entwicklung konnte ihrerseits nur durch einen BürgerInnenkrieg gegen die organisierte

ArbeiterInnenenschaft ermöglicht werden, der im Februar 1934 von Militär, faschistischen Milizen und dem Polizeiapparat vollendet wurde. Die Sozialdemokratie stand dem planlos gegenüber. All der großartig aufgebaute staatliche Einfluss erwies sich als nutzlos. Der bürgerliche Staat hingegen bewies durchaus Wandlungskünste: und zwar durch das Abschütteln von sozialen und gewerkschaftlichen Rechten und des – aus Sicht der Bürgerlichen – ganzen parlamentarisch-demokratischen Beiwerks, das in Zeiten von (Gegen-)Revolution, Krise und Weltkrieg nicht brauchbar war.

## Zeitsprung in die Gegenwart

SP-Ministerin Schmied sprach angesichts des vor einigen Wochen drohenden LehrerInnenstreiks offen und unverschämt etwas aus, was die grundsätzliche Handlungsfreiheit von Gewerkschaften in Frage stellt. Sie zog nämlich öffentlich in Erwägung streikende LehrerInnen zu entlassen. Neben dem Wandel der SPÖ zu einer offen bürgerlichen Partei, zeigte dieses Statement die allgemeine Nervosität der herrschenden Kreise angesichts drohender Arbeitskämpfe und sozialer Bewegungen. So bezeichnete auch ÖVP-Klubobmann Kopf die Demonstration des ÖGB im Mai gegen Nulllohnrunderden als „Aufwiegeln“ (Presse, 19.5.09). Das vielleicht Bemerkenswerteste an dieser Aussage ist, dass sie fällt, obwohl Streiks noch nicht unmittelbar im Raum stehen. Tragisch ist: Die Gewerkschaften sind ideologisch überhaupt nicht gerüstet für die kommenden, im Vergleich zur relativ friedlichen Nachkriegsordnung und der „Sozialpartnerschaft“, offenbar wieder härteren Zeiten.

## ÖGB: Fatales Selbstverständnis als staatliche Ordnungsmacht

Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) hat sich – im Gegensatz zu den Gewerkschaften der Zwischenkriegszeit – von Beginn an als integraler Bestandteil des Staates betrachtet. Das Selbstverständnis als „staatliche Ordnungsmacht“ wird besonders brisant anlässlich der Zunahme polizeilicher Übergriffe, die AsylwerberInnen und MigrantInnen sowie soziale und antikapitalistische Proteste treffen und noch treffen werden. So kann man beim ÖGB zum Thema Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei eine Meldung vom 9.4.09 finden, in der die Forderung des Generalsekretärs von Amnesty International nach einem eigenen PolizistInnenstrafrecht vehement bekämpft wird: Das käme „einer Diskriminierung der Kolleginnen und Kollegen gleich“, so der Polizeigewerkschafter. Es ist vom ÖGB an keiner Stelle eine andere Haltung, etwa in Form einer offenen Debatte, transportiert worden. Wir meinen: PolizistInnen sind in diesen Fragen sicher keine normalen ArbeitnehmerInnen. Ihr Job ist die Sicherung der herrschenden Ordnung – die Verfolgung von z.B. polizeilichen Übergriffen liegt deshalb um ureigenen Interesse aller die an dieser Ordnung etwas ändern möchten. Letztlich könnten in nicht allzu ferner Zukunft Polizisten den Befehl erhalten, ein Gewerkschaftsbüro zu stürmen, weil sich dort – ein nicht ungewöhnlicher Vorwand – Terroristen aufhalten sollen.

## Internationale Entwicklung

Die weltweite Krise des Kapitalismus und seiner Einrichtungen führt zu einer Zunahme von



## Konflikten.

Während die Mehrheit immer mehr arbeitet, dabei aber immer weniger zum Leben übrig hat, wird Besitz und Reichtum der Profiteure des Kapitalismus von staatlicher Seite mit Zähnen und Klauen verteidigt werden. Daher beschäftigen sich kapitalistische PolitikerInnen und StrategInnen mit der Verschärfung staatlicher Repression; sei es in Form von Gesetzen, der Ausweitung von Polizeibefugnissen oder Überlegungen zum Verbot von Streiks. Schon 2001 ermutigte der EU-Rat die Regierungen zu einer verstärkten Gleichsetzung von ungeliebten politischen Aktivitäten mit „Terrorismus“. Dem folgte Blau-Schwarz und eine Parlamentsmehrheit (inkl. SPÖ) mit einer Überarbeitung des Strafgesetzbuches 2002. Ab diesem Zeitpunkt gibt es den § 278 ff. StGB in seiner heutigen Form. Der ursprüngliche § 278a (gekoppelt mit § 165 gegen Geldwäsche) geht auf das Jahr 1993 zurück. Mit den geltenden Formulierungen in den 278ern kann fast jede Form von zivilem Ungehorsam als Terrorismus ausgelegt werden. Ein besonders krasses Beispiel für die Ausnutzung angeblicher „Anti-Terror“-Gesetze gegen Beschäftigte war die Verhaftung von 200 streikenden LehrerInnen wegen „un-patriotischem Verhalten“ in New Jersey, USA in Folge des „Patriot Act“ nach dem 11. September 2001.

## Österreich 1999–2009

Staatliche Repression setzte in Österreich bereits in den 1990ern ein; v.a. massiv im Zusammenhang mit rassistischer Hetze und neuen Gesetzen gegen MigrantInnen und AsylwerberInnen. Ein besonderes Beispiel stellt hier die „Operation Spring“ im Mai 1999 dar. Wenige Wochen nach dem Tod des nigerianischen Asylwerbers Marcus Omofuma (als Folge polizeilicher Folter bei der Abschiebung) kam es zu einer riesigen Polizeiaktion. Diese umfasste mit dem „Großen Lauschangriff“ auch neue Befug-

nisse. Eine Lawine von Prozessen gegen zig Personen folgte. Doch jeglicher Versuch einer Verurteilung nach §278a StGB („nigerianische Drogenmafia“) scheiterte. Allerdings wurden viele Menschen nach dem Suchtmittelgesetz verurteilt, obwohl meist nichts Konkretes bewiesen werden konnte. Oftmals enthielt die Begründung Formulierungen wie „eine unbestimmte Menge einer unbestimmten Substanz, die an unbekanntem Orten unbekanntem Menschen verkauft wurde“. Es ist kein Zufall, dass unter den Verhafteten und später Verurteilten Menschen waren, die aktiv an den Protestkundgebungen nach der Ermordung Marcus Omofumas mitgearbeitet haben. Diese Anfänge politischer Organisation von MigrantInnen sollten im Keim erstickt werden. Die geballte Einschüchterung verfehlte ihre Wirkung leider nicht. Übrigens: Der Lauschangriff ist seitdem fixer Bestandteil der Strafprozessordnung. Der Kampf um den „Terror- und Mafiaparagraphen“ 278 ist seit über einem Jahr vermehrt im Blick der Öffentlichkeit. Zehn TierschützerInnen wurden und werden von Polizei und Behörden wie Mafiosi behandelt und den Berichten der Betroffenen nach auch gefoltert. Der im April erschienene Abschlussbericht enthält offensichtlich noch immer keine konkreten Beweise gegen die AktivistInnen. Deshalb stützen sich die Behörden bis heute auf die unfassbare und schwammige Anklage der „kriminellen Organisation“.

## Ausblick

Die für viele Menschen aus heiterem Himmel erfolgte Polizeibrutalität gegen die diesjährige 1. Mai-Kundgebung in Linz scheint wie eine Art „Trainingslauf“ für bevorstehende Proteste gewesen zu sein. Was alles könnte im Bereich der ehemaligen verstaatlichten Schwerindustrie passieren? Bei Siemens, wo mit Entlassungen

gedroht wird? Bei der Austrian-Fluglinie, Post, ÖBB? Im Bildungs- und Gesundheitsbereich? Was geschieht wenn ArbeitnehmerInnen auch bei uns Betriebe besetzten, wie in vielen anderen Ländern? Es ist durchaus wahrscheinlich, dass die staatliche Repression gegen große ArbeiterInnenkämpfe wesentlich weniger auszurichten vermag, als gegen kleine und finanzschwache Gruppen. Dies wird jedoch an Bedingungen geknüpft sein:

- Aufbau breiter gesellschaftliche und gewerkschaftliche Solidarität
- Ein klares Verständnis für die Rolle des bürgerlichen Staates zur Verteidigung kapitalistischer Verhältnisse sowie
- Eine politische Entsprechung und Fortsetzung dieser Kämpfe in Form einer multi-ethnischen ArbeiterInnen-Partei

Die GPA-DJP hat angesichts der Demonstration vom 13. Mai 2009 ein interessantes Infoblatt zu demokratischen Rechten der ArbeitnehmerInnen herausgegeben. In diesem heißt es: "Die Teilnahme an einer ordnungsgemäß gemeldeten Demonstration ist kein Entlassungsgrund. Die Teilnahme an einer verfassungsrechtlich zulässigen Aktion stellt keine Pflichtwidrigkeit der einzelnen ArbeitnehmerInnen dar. Es wird auch die Arbeit nicht unbefugt verlassen, wenn die TeilnehmerInnen unmittelbar vom Zweck der Demonstration betroffen sind." Wir meinen: Um das hier angenommene Recht auf Streiks und Demonstrationen während der Arbeitszeit werden wir in Hinkunft kämpfen müssen. Vor allem wenn es die Gewerkschaft ernst meint und tatsächlich mehr als ihre FunktionärInnen und BetriebsrätInnen mobilisiert – wie das leider (noch) nicht am 13.5.2009 geschehen ist. Und: Das letztlich entscheidende Kräfteverhältnis bildet sich in der Folge nicht im Gerichtssaal, sondern in den Fabriken, Dienststellen, Schulen, Unis und auf der Strasse.

monstration betroffen sind." Wir meinen: Um das hier angenommene Recht auf Streiks und Demonstrationen während der Arbeitszeit werden wir in Hinkunft kämpfen müssen. Vor allem wenn es die Gewerkschaft ernst meint und tatsächlich mehr als ihre FunktionärInnen und BetriebsrätInnen mobilisiert – wie das leider (noch) nicht am 13.5.2009 geschehen ist. Und: Das letztlich entscheidende Kräfteverhältnis bildet sich in der Folge nicht im Gerichtssaal, sondern in den Fabriken, Dienststellen, Schulen, Unis und auf der Strasse.

#### Unsere Forderungen zum "Terrorparagrafen" 278 und der wachsenden Repression (ganze Resolution auf [www.slp.at](http://www.slp.at))

- ▶ Weg mit dem §278 und jenen Gesetzen die der Überwachung und Kriminalisierung von Linken und GewerkschafterInnen dienen
- ▶ Schluss mit Überwachungsmaßnahmen am Arbeitsplatz, in Schulen und auf öffentlichen Plätzen – das schafft keine Sicherheit
- ▶ Freilassung aller inhaftierten TierrechtsaktivistInnen und Niederlegung der Prozesse
- ▶ Aufklärung aller Vorfälle am 1. Mai in Linz durch eine unabhängige Untersuchungskommission mit VertreterInnen der OrganisatorInnen der Demonstration am 1. Mai sowie unter Einbeziehung von GewerkschaftsvertreterInnen
- ▶ Keine Weiterleitung der Daten von Verhafteten bei politischen Aktivitäten an Arbeitgeber/AMS/Schule/Uni. Keine Diskriminierung der Betroffenen am Arbeitsplatz, auf der Uni, in der Schule oder am Arbeitsamt
- ▶ Die Gewerkschaften sind gefordert, sich gegen die zunehmende Überwachung und Repression zu stellen – den die ArbeiterInnenbewegung und ihre Organisationen sind die Hauptziele dieser Politik.

# 1. Mai in Linz und danach ...

Jonas Honauer, SLP- Linz

Dass auf die Behörden kein Verlass ist im Bezug auf Antifaschismus war im Vorfeld des 1. Mai schon klar. Jedoch war keinE einziger AntifaschistIn auf ein dermassen brutales Einschreiten der Polizei vorbereitet. Primäres Ziel war am 1.5 eigentlich das Verhindern des NVP-Aufmarsches. Angesichts der Polizeiblockade war es aber dann wichtig, uns nicht spalten zu lassen und der Polizeiwillkür soweit wie möglich entgegen zu treten. Wir waren in dieser Hinsicht am 1. Mai erfolgreich, wir haben unsere Kundgebung und Demonstration durchgeführt und wir waren in der Lage, eine wahrheitsgemäße Medienberichterstattung zu gewährleisten, da die AntifaschistInnen via Videokamera, Mobiltelefon etc. die Situation der Einkesselung, die brutalen Angriffe der Polizisten auf die friedlichen DemonstrantInnen sehr gut festhielten.

#### "Kein Verlass auf die Polizei" ... hat sich bewahrheitet

Im Vorfeld des 1. Mai hat die SLP davor gewarnt, den Kampf gegen Rechts den Behörden zu überlassen. Die sozialdemokratischen Organisationen haben sich darauf verlassen, dass der NVP-Aufmarsch von der Polizei verboten wird und haben für einen Fackelzug am 30.4. aufgerufen und sich von der antifaschistischen Demonstration am 1. Mai ferngehalten. Es ist schön, wenn am 30.4. 2000 Menschen gegen rechts demonstrieren – aber wenn am 1. Mai die

## Was tut sich gegen die Polizeigewalt?

Polizei brutal gegen AntifaschistInnen vorgeht und damit Nazis die Teilnahme an der Kundgebung des rechtsextremen Strache ermöglicht, dann ist es nicht genug. Hätten die sozialdemokratischen Organisationen – SJ, JG, FSG, Funke etc. – sich an der antifaschistischen Demonstration beteiligt, anstatt ihr gänzlich fern zu bleiben, dann wäre ein starkes, antifaschistisches Zeichen möglich gewesen und die Polizei hätte die Demonstration nicht angreifen können.

#### Wie weiter?

Wir müssen nicht erst seit dem 1. Mai damit rechnen, dass die Polizei brutal unsere Aktionen zu behindern versucht. Diese Aktionen müssen dementsprechend gut organisiert sein. Vor allem kann nur für die Sicherheit jedes/r DemonstrantIn garantiert werden, wenn wir einen demokratischen Demoschutz haben und kollektiven Widerstand leisten. Gerade die Teilnahme der Gewerkschaften ist wichtig, sie sind aufgerufen, sich an Kundgebungen, Demos etc. gegen Polizeigewalt beteiligen und sich auch schon in die Organisation einzubringen.

Klar ist, dass die politisch verantwortlichen – in der Polizei, aber auch die politisch verantwortlichen der Stadt Linz und des Landes Oberösterreich, nicht länger tragbar sind.

#### Neueste Entwicklungen

Jener Antifaschist, der am 1. Mai am schwersten misshandelt wurde, ist ein wichtiger Teil der Bewegung gegen die Polizeigewalt. Ihm wurde ein Verfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angehängt. Gespannt waren viele politische BeobachterInnen, was sich in diesem Gerichtsverfahren gegen den misshandelten Antifaschisten tun würde. Und schon der 1. Prozesstag endete mit einem Knalleffekt: Freispruch in 1. Instanz für den Beklagten!

Dem Rechtsanwalt des Beklagten gelang es über Umwege ein wichtiges (Gerüchten zufolge polizeieigenes) Video des Polizeieinsatzes am 1. Mai aufzutreiben und er führte es dem Richter vor. Die Polizei brachte nur Aussagen und Aktenvermerke von sechs Polizisten. Demnach sei der beklagte Antifaschist gewalttätig gegen einen Polizisten vorgegangen. Bei der Einvernahme der Polizisten durch den Richter stellte sich heraus, dass einige den Aktenvermerk unterschrieben hatten, ohne selbst gesehen zu haben, wie der angeklagte Antifaschist gewalttätig war. Die Polizeiwillkür war aber offensichtlich so deutlich, dass es zu einem Freispruch gleich am ersten Tag reichte. Abgesehen vom Instanzenweg, zeigt das Verhalten der Polizei aber auch die Selbstsicherheit auf, mit welcher der Apparat sein Verhalten zu decken versucht. Deshalb; Nur konsequente Beobachtung und Mobilisierung kann den nötigen Druck erzeugen um die Polizeigewalt künftig einzudämmen.



## Die Linie wird vorgegeben

### Der ehemalige Polizist Franz Witzmann im Interview zu den Demoeinsätzen am 1. Mai in Linz und den Entwicklungen im Sicherheitsapparat.

**VORWÄRTS:** Franz Witzmann, wie entsteht eine Situation die bedeutet, dass bei einer Demonstration – wie am 1. Mai in Linz – massive Polizeigewalt angewendet wird? Erfolgt das in der Regel auf zentralen Befehl, oder rutscht da irgendjemanden vor Ort einfach nur der Gummiknüppel aus?

Franz Witzmann: Der Rahmen für die Polizeiaktion vom 1. Mai wurde von der Einsatzleitung vorgegeben. Der Befehl zum "Einkesseln" der Demonstration und zur Identitätsfeststellung der Demoteilnehmer kam ebenfalls von dieser Seite. Diese vorgegebene, offizielle Linie und die offensichtlich in die Demo eingeschleusten "Agent Provocateurs" bildeten die Basis für das brutale Vorgehen einzelner Polizisten. Der Einsatz der "mindergefährlichen Waffe", des Gummiknüppels, wurde vermutlich nicht extra angeordnet. Diese Gewaltausbrüche (wie auf Videoaufnahmen dokumentiert wurde) sind selbstständige Aktionen einzelner Polizisten, die im Schutz der Anonymität ihre Aggressionen ausleben.

**VORWÄRTS:** Gab es hier zu Deiner Zeit als Polizist systematische Schulungen/Vorbereitungen zum Verhalten gegenüber Linken bzw. bei Demonstrationen? Und wie läuft das im "Ernstfall" – damals war Hainburg aktuell – intern ab?

Franz Witzmann: Von 1980 bis 1990 war ich Polizeibeamter bei der BPD Wien. Die Ereignisse rund um Hainburg waren einerseits eine einmalige Angelegenheit und sie sorgten für eine Sensibilisierung der Gesellschaft. In diesen Tagen wurden mein, und das politische Bewusstsein vieler Menschen, geweckt. In den Jahren nach Hainburg entwickelten sich verschiedene Formen des politischen Protests und der demokratischen Artikulation: Bürgerinitiativen, Sitzblockaden, Besetzungen und Friedensmärsche mit zig-tausenden Teilnehmern. Bei vielen dieser Aktionen setzte die Polizei

durchaus auf die Strategie der Deeskalation. Kamen die Proteste von der politisch linken oder autonomen Szene, wurde jedoch immer wieder mit unnötiger Härte und Brutalität vorgegangen. Immerhin hingen damals noch auf jedem Wachzimmer die Fahndungsfotos der "Baader-Meinhof-Bande" und bei internen Schulungen wurden Zitate aus einem "Handbuch der RAF" verlesen. "Für die Linken seid ihr keine Menschen, sondern Bullenschweine, die weggehören." Mit diesem Satz wird die offizielle Einstellung der Polizei gegenüber der "Linken" auf den Punkt gebracht. Hier ist auch eine der Wurzeln für die immer wiederkehrende Brutalität gegenüber Akteuren aus dem linken Spektrum.

**VORWÄRTS:** An sich heißt es ja, dass die Polizei ein neutraler Hüter der Gesetze – also nicht zuletzt sozialer und politischer Rechte – ist. Wie sieht es dem gegenüber strukturell im Apparat punkto rechter Einstellungen, Rassismus etc. aus? Für wen ist die Polizei in der Praxis da?

Franz Witzmann: In diesem Zusammenhang ist es wichtig, den in der Gesellschaft und Politik vorhandenen Rassismus bzw. Rechtsextremismus in die Analyse miteinzubeziehen. Vor kurzem gab es wieder Kritik von Amnesty International (ai) an der österreichischen Polizei. Es wurde fundiert und anhand von Beispielen aufgezeigt, dass es einen institutionalisierten Rassismus im österreichischen Polizeiapparat gibt. Als Bundespräsident Heinz Fischer mit dieser Kritik konfrontiert wurde, sagte er ungefähr folgendes: "Wenn es einzelne Übergriffe gibt, soll konsequent aufgeklärt und bestraft werden. Ich verwehre mich aber gegen die Behauptung, dass die Polizei rassistisch sei." Vor beinahe zwanzig Jahren bin ich (damals noch Polizeibeamter) an die Öffentlichkeit getreten und hatte die von ai vorgebrachte Kritik bestätigt. Die Täter aus den Reihen der Polizei werden nicht oder nur mit geringfügigen Strafen bedacht und an der Struk-

tur, die solche Taten ermöglicht und begünstigt, wird seit Jahrzehnten nichts verbessert. Im Gegenteil: Mit Beginn der schwarzblaubraunorangen Schüssel-Ara wurde die Qualität der Überwachung ständig verbessert und ausgeweitet. Die gesetzlichen Bestimmungen zu Überwachung und Verfolgung wurden beschlossen, wichtige Positionen in Innenministerium und Polizei wurden mit folgsamen Parteisoldaten besetzt. Zusätzlich sind in den letzten Jahren immer mehr Juristen aus Burschenschaften, wie der Olympia, innerhalb der Justiz in Positionen wie Richter oder Staatsanwalt gelangt.

**VORWÄRTS:** Wie ist die Reaktion im Apparat wenn jemand – so wie Du – offen die Rolle der Polizei in Frage stellt? Anders gefragt: Ist die Polizei im Sinne "Freund und Helfer" reformierbar oder geht die Entwicklung aktuell in eine ganz andere Richtung?

Franz Witzmann: Ich bin überzeugt, dass viele PolizistInnen an sich – zumindest am Beginn ihrer Tätigkeit – eine demokratische Einstellung haben und sich bei ihrer Arbeit korrekt und an den Menschenrechten orientiert verhalten. Allerdings steht die hierarchische, militärische Struktur auf der einen Seite und die immer restriktiver werdenden Gesetze auf der anderen Seite der Verwirklichung einer demokratischen Polizei entgegen.

#### Diskussionsveranstaltung

**Polizeigewalt und staatliche Repression** – Ist es möglich, den Polizeiapparat von innen zu reformieren?

mit

- ▶ Franz Witzmann, ehemaliger Polizeibeamter
- ▶ Hermann Greylinger, FSG & Zentralausschussmitglied des Clubs der Exekutiv

Mittwoch, 15. Juli 2009 ab 19 Uhr  
Amerlinghaus, Wien 7, Stiftgasse 8

# Der Soundtrack zur Wirtschaftskrise

## Inspirierendes von Anti-Flag hat Sebastian Kugler gehört ...

Was macht man als Anti-Bush Band ohne George W. Bush? Weiter! Und genau das machen *Anti-Flag* auf ihrem neuen Album "The people or the gun". Die 1989 gegründete Polit-Punkband sieht keinen Grund, sich nach dem Abgang Bushs auszuruhen oder zu verstummen. Ihren Status als linkes Gewissen der US-Musikszene haben sich *Anti-Flag* im Laufe der Jahre redlich verdient und verteidigt. Wie auch schon im Herbst die Band *Rise Against* lassen sich *Anti-Flag* auf ihrem neuen Album nicht von der Obama-Euphorie mitreißen und glauben nicht, dass mit dem Ende der Ära Bush das goldene Zeitalter Einzug halten wird. Nach wie vor führt Obama Krieg und lässt das Sozialsystem verrotten, während zig Milliarden in die Rettung maroder Banken geschoben werden. All das desillusioniert die linke Musikszene in den USA und treibt sie weiter nach links, wo simples Weltverbesserungsgeschwafel nicht mehr reichen kann. Kapitalismuskritik äußert sich nicht mehr in verschwommenen Forderungen nach "Frieden" oder "Gerechtigkeit", sondern in dem entschlossenen Aufruf, für ebendiese Dinge zu kämpfen.

### Probiert mal mit Revolution

Während *Rise Against* ihr neues Album "Appeal To Reason" nach einer sozialistischen Arbeiterzeitung

des 19. Jahrhunderts benannten, gehen auch *Anti-Flag* einen Schritt weiter und kritisieren nicht mehr nur noch den Irakkrieg oder die Foltermethoden der US-Army, sondern das System gleich mit.

Interessant ist, dass *Anti-Flag* teilweise mit der verwaschenen Logik der Antiglobalisierungsbewegung brechen und trotz des Albumtitels oft nicht mehr von "The people" (etwa: die Leute) singen, sondern gezielt von "The workers" (die ArbeiterInnen). Die ArbeiterInnenklasse wird vor dem Hintergrund der schwersten Wirtschaftskrise seit 1929 vom US-Punk sozusagen als revolutionäres Subjekt wiederentdeckt.

In der ersten Single "When All The Lights Go Out" heißt es gleich am Anfang:

„One billion workers stand up from their chairs  
Their faces no longer struck with their fears  
Attack! Attack! Stabbed in the back  
Disgraced! Disgraced! Traitors trade face to face  
Revolution... the engine for history.“

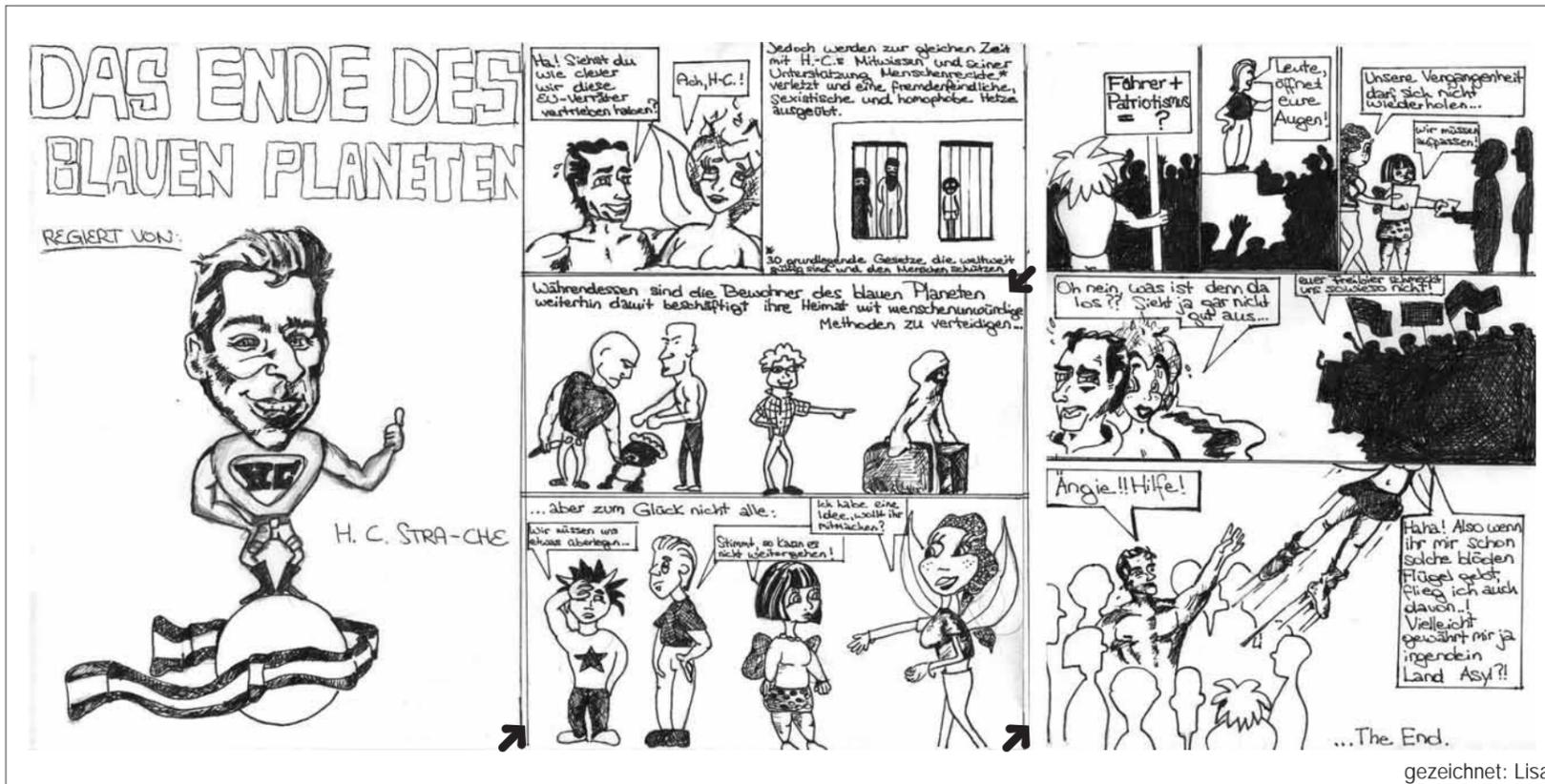
Eine Million ArbeiterInnen die sich erhebt wird hier besungen, die sich wehren und dass Revolution die Antriebskraft der Geschichte ist. Im Album wird an mehreren Stellen Marx zitiert ("Proletarier aller Länder vereinigt Euch, ihr habt nichts zu verlieren als Eure Ketten") und das erste Mal seit langem findet wie-

der das Wort "Revolution" des öfteren Verwendung. Songtitel wie "The Economy Is Suffering - Let It Die" oder "Sodom, Gomorrah, Washington DC" tun ihr übriges.

### The people or the gun – which side are you on?

"Auf welcher Seite bist du?" Fragen *Anti-Flag* und lassen dabei keinen Zweifel daran, dass sowohl im "Land der unbegrenzten Möglichkeiten" als auch im Rest der Welt, die Gesellschaft in Unterdrückter und Unterdrückte geteilt ist. *Anti-Flag* wissen, auf welcher Seite sie sind. Die Band hat das Sony-betriebene Majorlabel RCA Records verlassen und ihr neues Album beim Independentlabel "Sideonedummy Records" produziert, was sie auch wieder um einiges glaubwürdiger macht.

Trotzdem: Man nimmt *Anti-Flag* zwar ab, dass sie den Kapitalismus abschaffen wollen, die Antworten auf Fragen nach einem Gegensystem geben sie jedoch nicht. Und zum Sturz eines Systems gehört nun mal der Aufbau eines anderen. Dieses Album wird keine Aufstände vom Zaun brechen und keine Barrikaden errichten, schon gar nicht beantwortet es Fragen, wie denn eine andere Gesellschaft aussehen könnte. All das bleibt den Menschen überlassen, die sich davon aber durchaus inspirieren lassen können.



## Demonstrieren – Diskutieren – Organisieren!

"Es reicht!" und "Ich will was tun" – das ist eine immer häufigere Reaktion auf den tagtäglichen Wahnsinn. Graf, Strache und ihr immer offenerer Flirt mit Neonazis regt viele Jugendliche auf. Die SLP hat gerade in diesem Bereich in den letzten Wochen eine Reihe von Aktivitäten gesetzt – z.B. gegen die Wahlkampfauftritte der FPÖ in Salzburg. Für Marijan, einen 18-jährigen Schüler aus Salzburg der Grund, der SLP beizutreten: "Angesichts des immer aggressiveren Rechtsextremismus und Rassismus in Österreich habe ich mich entschlossen der SLP beizutreten. Sie ist die Organisation, die in Salzburg die ganzen antifaschistischen Proteste organisiert. Das ist heute notwendiger denn je." Aber auch in Wien, Linz, Mauthausen, Ebensee und Gmunden hat die SLP Aktionen gegen Rechtsextremismus und Faschismus organisiert oder sich daran beteiligt. Es war ein Aktivist der SLP, der den Graf-Mitarbeiter Ploner enttarnte, als dieser am 13. Juni eine antifaschistische Kundgebung angriff.

Von Anfang an hat die SLP auch gegen die von der FPÖ finanzierte sogenannte "Bürgerinitiative Dammstrasse" mobil gemacht. Am 14. Mai stand dann auch ein trotz massiver Mobilisierung der FPÖ jämmerlicher Aufmarsch von einigen hundert Rechten & Nazis einer doppelt bis dreimal so großen antifaschistischen Demonstration gegenüber.

Nicht immer verliefen antifaschistische Mobilisie-

rungen reibungslos – es kam zu Provokationen durch Nazis und in Linz zu Polizeiübergriffen. Am 1. Mai verhinderte die Polizei eine antifaschistische Demonstration und prügelte AntifaschistInnen nieder. Die SLP hatte die Demonstration initiiert und war im Anschluss zentraler Teil der Kampagne gegen Polizeigewalt. "Die massive Polizeigewalt am 1. Mai in Linz – auch gegen mich, denn ich war auch eingekesselt – und der immer stärker werdende Rechtsextremismus sind sehr gefährlich. Man kann aber nicht nur einfach schimpfen, sondern man muss auch was dagegen machen. Nur alleine hat man keine Chance, darum organisiere ich mich – in der SLP." erklärt Ina, Lehrling aus Linz.

### Von wegen unpolitisch ...

In regelmäßigen Abständen werden Umfragen veröffentlicht die behaupten, die Menschen würden sich nicht für Politik interessieren. Nur wird dabei Politik mit den etablierten Parteien verwechselt. Klar, mit den Parlamentsparteien, die sich v.a. in ihrer (Un)Sozialpolitik immer weniger unterscheiden, wollen immer weniger was zu tun haben. Unpolitisch sind sie deswegen noch lange nicht. Das gilt für Jugendliche wie den 14-jährigen Simon aus Wien, der meint: "Ich bin zwar noch nicht wahlberechtigt, doch ich habe mir

bereits eine klare politische Meinung gebildet, die aber von keiner Partei Österreichs vertreten wird. Daraus ziehe ich aber nicht die Konsequenz, mich politisch gar nicht zu engagieren, sondern bei einer Organisation wie der SLP aktiv zu werden, die meine Ideologie verkörpert und der ich helfen kann, gemeinsame Ziele zu erreichen."

### Gegen die Krise ...

... gab es in den letzten Monaten eine Reihe von Mobilisierungen – z.B. die SchülerInnenstreiks im April und die große ÖGB-Demonstration am 13. Mai in Wien. Die SLP war bei allen Protesten dabei und hat sozialistische Forderungen eingebracht. "Ich habe ja als junger Mensch eine Verantwortung zur Partizipation. Das wurde mir gerade in der Bildungsbewegung drastisch klar, wo ich auch gesehen hab, dass mensch, wenn mensch was macht, auch was verändern kann." hat die 16-jährige Antontia aus Wien festgestellt.

Aber auch unter "älteren Semestern" gibt es den Wunsch nach Veränderung. Franz, ein 50-jähriger Künstler aus Niederösterreich bringt es auf den Punkt: "Zum ersten Mal in meinem Leben bin ich aktives Mitglied einer Partei, weil ich mich einmischen will, um die Welt gerechter und lebenswerter zu machen."

### DIE SLP-TREFFPUNKTE

#### LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,  
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

#### NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig,  
Infos: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

#### SALZBURG

Salzburg Stadt  
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,  
"Shakespeare", Salzburg,  
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

#### WIEN

SLP-Sommer-Debatten  
jeden Mittwoch um 19 Uhr,  
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8,  
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)  
Debatten zu Polizeigewalt, Vermögenssteuer, SPÖ, Tierrechten, Ökologischer Steuerreform, Keynesianismus, Betriebsarbeit und Nepal, mit VertreterInnen von SPÖ, ÖGB, SJ, Grünen, VGT und anderen.

#### SLP-Marxismus aktuell

jeden Mittwoch um 18 Uhr,  
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8,  
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)  
Marxistische Kurzschulungen zum sozialistischen Menschenbild, marxistischer Staats- und Wirtschaftstheorie, zu Programfragen, der Nationalen Frage und der "3. Welt".

### ALLE TERMINE UNTER WWW.SLP.AT

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

## Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10  
oder EUR 18,00\*  
an PSK 8812.733  
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!

\* Sozialpreis für Menschen ohne eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

### SPENDEN

#### Unsere Arbeit kostet Geld.

Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

#### SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP österreichische Sektion des CWI

[www.slp.at](http://www.slp.at)

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI

[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)

Site of the CWI in English (and other Languages)

[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

Special CWI-Site on China (English, Chinese)

[www.chinaworker.org](http://www.chinaworker.org)

Páginas del CIT/CWI en español

[www.mundosocialista.net](http://www.mundosocialista.net)

TIPP: Auf [www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net) findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland



## Neues aus dem CWI

## Irisches CWI Mitglied im EU-Parlament

Der irische Sozialist Joe Higgins hat mit 50.510 Vorzugsstimmen einen Sitz im EU-Parlament gewonnen. Dieser Wahlerfolg zeigt eindeutig, dass eine sozialistische Alternative Erfolg hat, in Zeiten wie diesen, in denen die bürgerlichen Parteien immer öfter und offensichtlicher scheitern. Sein Slogan: "The Best Fighter Money Can't Buy" (etwa: "Der beste Kämpfer, der auch nicht käuflich ist") ist Programm: Er bezieht das Gehalt eines durchschnittlichen Arbeitnehmers. Die Rest wird gespendet – für politische Kampagnen. Außerdem möchte er seine gesamten Spesen veröffentlichen. Der 60-jährige Joe Higgins hat mehrmals seine Bereitschaft bewiesen, sich für die Rechte seiner WählerInnen einzusetzen und mit ihnen zu kämpfen. Ende der Neunziger engagierte er sich gegen Wassersteuern und kam 2003 für einen Monat ins Gefängnis, weil er gegen eine Müllsteuer protestierte.

Der Kandidat der Socialist Party (CWI-Irland), gewann gegen die Kandidatinnen der Regierungspartei Fianna Fail und der Sinn Fein den Sitz im EU-Parlament, wo er die Interessen der internationalen ArbeiterInnenbewegung vertreten und ihre Kämpfe unterstützen wird.

## Abgeordnete der SAV in Rostock wieder in der Bürgerschaft

Die Reiseverkehrskauffrau Christine Lehnert wurde in Rostock in die sogenannte Bürgerschaft, das dortige Stadtparlament, gewählt. Obwohl die Sozialistische Alternative (CWI in Deutschland) auf Kommunalebene einen Rückgang von 1,6% zu verzeichnen hatte, kann man dieses Ergebnis als Erfolg sehen. Die Wahlbeteiligung war gestiegen, jedoch die absoluten Stimmen der SAV gleichgeblieben. Dazu kommt, dass diverse neue Kleinparteien die Mehrheit der Proteststimmen für sich verbuchen konnten.

Die Kandidatin Christine Lehnert verteidigt derzeit verstärkt Arbeitsplätze in der insolventen Werft von Rostock und der Stadtreinigung. Sie tritt für eine Rekommunalisierung der Stadtreinigung und die Verstaatlichung der Werft unter demokratischer Kontrolle aller Beschäftigten ein. Ihr Ziel ist klar: Die Beschäftigten sollen nicht die Krise ausbaden.

www.socialistworld.net

## Kein Frieden in Sri Lanka

## Verlängerung des Notstands und rassistische Pogrome

von Franz Neuhold, SLP-Wien

Von 1983 bis heute, unterbrochen nur von kurzen Pausen, befand sich Sri Lanka im BürgerInnenkrieg. Nach den SinghalesInnen stellen die tamilisch sprechenden Menschen die größte Minderheit dar (17% von 21 Millionen). Ihnen werden seit Jahrzehnten grundlegende demokratische Rechte vorenthalten. Derzeit sind über 250.000 Flüchtlinge von Mangel an Nahrung und medizinischer Versorgung bedroht, während rassistische Pogrombanden TamillInnen ermorden. Gleichzeitig hält das Parlament die quasi-diktatorischen Notstands-Gesetze aufrecht.

## Pogrome mit staatlicher Duldung

In der Schlussphase des Krieges ging die Armee mit schwerer Artillerie auch gegen zivile Bereiche vor. So sind in manchen Dörfern über 90 Prozent der tamilischen Häuser zerstört worden. Die Militärpolitik der Regierung unter Präsident Rajapakse wird nun von chauvinistischen Banden fortgesetzt. Der parlamentarische Fraktionsführer der Tamil National Alliance, Mr. Sampanthan, spricht offen von "ethnischen Säuberungen". Berichten der BBC zufolge waren Anfang Juni lediglich 2000 von über einer Viertel Million Flüchtlingen in ihre Dörfer zurückgekehrt. Die Regierung stellt sich oftmals mit dem Vorwand von möglichen "Verbindungen zu Terroristen" gegen eine Rückkehr von tamilischen Familien. Als Folge von Morden und Entführungen fliehen TamillInnen aus vielen Dörfern und verkaufen panikartig und weit unter Wert Land und Häuser an SinghalesInnen.

## Nächste Krise vorprogrammiert

Der Krieg hat nicht zur Vereinigung der Insel geführt, sondern den Hass und die Spaltung vergrößert. Die Regierung wird die extrem hohen Kriegskosten der letzten 26 Jahre (täglich fünf Millionen Euro) allen ArbeiterInnen und armen Menschen in Rechnung stellen. Die Inflation bei den Lebensmittel-Preisen beträgt bis zu 30%. In der Endphase des Krieges kam es überdies zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit im Privat- und öffentlichen Sektor. Ein geplanter IWF-Kredit über \$ 1,9 Mrd. ist an eine Währungsabwertung von 50% gebunden, was die Lebenshaltungskosten weiter nach oben treiben wird.

## Spielball von Kapitalinteressen

Die UNO-Generalversammlung hat das heiße Thema des BürgerInnenkriegs noch nie angefasst, da wesentliche Kräfte wie die russische, chinesische und indische Führung nicht daran interessiert sind. Sri Lankas Regierung erhält verstärkt von sowohl Indien als auch China finanzielle und militärische Hilfe.



Der Krieg hat nicht zur Vereinigung der Insel geführt, sondern den Hass und die Spaltung vergrößert. Die Regierung wird die extrem hohen Kriegskosten (...) allen ArbeiterInnen und armen Menschen in Rechnung stellen.

Dies erklärt sich daraus, dass das Kapital schon in Wartestellung ist, um in den Wiederaufbau zu investieren. Die indischen Fahrzeughersteller Ashok Layland und Tata Mercedes verfügen bereits jetzt über ein quasi-Monopol bei Schwerfahrzeugen, während sich die Indian Oil Corporation den strategisch bedeutenden (Tiefsee-)Hafen von Trincomalee greift.

## Lebensgefahr für SozialistInnen

Es kursieren Mordlisten von rassistischen Banden, die gegen NGO-AktivistInnen sowie indische und sri lankesische bzw. tamilische PolitikerInnen gerichtet sind. Darunter ist Siritunga Jayasuriya, Sekretär der United Socialist Party (USP), Schwesterpartei der SLP. Die USP kämpft seit langem für eine Einheit von singhalesischen, tamilischen und muslimischen ArbeiterInnen. Gleichzeitig verteidigt sie das Recht auf Selbstbestimmung von TamillInnen. Diese grundsätzliche Position hat die USP jedoch nie dazu geführt, sich mit Kritik an der Politik und den oftmals falschen Methoden der LTTE (tamilische Rebellenorganisation) zurückzuhalten.

Siritunga dazu in einer Erklärung: "Wir werden durch Todesdrohungen und Angriffe nicht zum Schweigen gebracht werden. Die singhalesischen ArbeiterInnen und armen Menschen, die heute feiern, stellen sich vor, dass der Frieden Wohlstand und ein besseres Leben für sie bringen wird. Wir erwarten, dass sie nicht nur mehr leiden müssen aufgrund der Kriegsverschuldung der Regierung und der kapitalistischen Krise, sondern auch, dass die Notstands-Gesetze gegen all jene eingesetzt werden, die versuchen, Streiks oder soziale Proteste zu organisieren." Eine erste Regung des Widerstands ist bereits wahrzunehmen: am 10. Juni demonstrierten über 1.000 Menschen gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit. Organisiert wurde die Demo von Gewerkschaften, der USP und anderen Oppositionsparteien.

Spenden zum Schutz der USP-AktivistInnen vor Übergriffen können an die SLP gerichtet werden (PSK 8812.733 – Verwendungszweck Sri Lanka). Wir garantieren die vollständige Übermittlung ohne irgendwelche Abzüge. Weitere Informationen (englisch): <http://stoptheslaughteroftamils.org>

## Europa baut weiter an der Mauer ...

Politik gegen Flüchtlinge und MigrantInnen am Beispiel Italien – ein italienischer Sozialist im Interview:

**VORWÄRTS:** Was erwartet afrikanische Flüchtlingen, die per Boot nach Italien kommen?

Giovanni: Die Flüchtlinge werden sofort in Lager (CPT) gebracht, wie das CPT von Lampedusa, einer Insel südlich von Sizilien. Diese Lager sind wie Gefängnisse, dort bleiben sie bis zur Abschiebung.

**VORWÄRTS:** Wie ist die Situation in den Lagern?

Giovanni: Berichten von Amnesty International zu Folge befinden sich in den CPTs Gefangene in Containern oder ähnlichen für einen langen Aufenthalt unzureichenden Unterkünften. Sie sind extremen Temperaturen ausgesetzt, außerdem sind die Container ständig überfüllt. Die hygieni-

schen Bedingungen sind oft mangelhaft, die medizinische Versorgung sowie das Essen ist ungenügend und minderwertig. Es fehlt an sauberer Kleidung und Bettwäsche.

**VORWÄRTS:** Land nur Flüchtlinge in diesen Lagern, oder auch andere MigrantInnen?

Giovanni: Auch MigrantInnen, die in Italien gearbeitet haben, deren Arbeitsvertrag aber nicht verlängert wurde. Nach einem unter Bossi & Fini verabschiedeten Gesetz ist die Möglichkeit für MigrantInnen in Italien zu bleiben an einen gültigen Arbeitsvertrag gekoppelt. Wenn der Vertrag abgelaufen ist, müssen sie sofort das Land verlassen. Bis zum Zeitpunkt der Abschiebung kommen sie in Schubhaft.

**VORWÄRTS:** Profitieren die Unternehmen von der Situation?

Giovanni: Nach dem Gesetz (Gesetz Bossi Fini 189/202) muss ein MigrantIn schon

Grundrechte einzufordern. Italien ist das Land in Europa, wo es die meisten tödlichen Arbeitsunfälle gibt - laut dem italienischen ökonomischen Forschungszentrum Censis waren 2007 1.170.

Den KapitalistInnen dienen die CPTs als Druckmittel um "illegale" ArbeiterInnen zu erpressen.

vor der Ankunft eine Arbeit haben, um legal in Italien sein zu können. Daher arbeitet der größte Teil der MigrantInnen als HilfsarbeiterInnen ohne Aufenthaltserlaubnis. Den KapitalistInnen dienen die CPTs als Druckmittel um "illegale" ArbeiterInnen zu erpressen, um sie zu zwingen, verheerende Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, ohne ihre

**VORWÄRTS:** Gibt es Proteste gegen die rassistische Politik?

Giovanni: Obwohl es selbst für PolitikerInnen, NGOs und JournalistInnen ganz schwierig ist, ein CPT zu besuchen, gab's schon mehrere Demos bei Gerichten oder selbst vor den CPTs, hauptsächlich von StudentInnen und AnhängerInnen der PRC, aber auch von

AnarchistInnen und kleinen religiösen Gruppen. Während der Demos konnten manchmal auch Flüchtlinge befreit werden. Die letzte Demo fand am 31. März 2009 in Rom statt. Von den linken Parteien wird die aktuelle italienische Immigrationspolitik bekämpft und die Gewerkschaft GCIL fordert eine Zusammenarbeit zwischen italienischen und ausländischen ArbeiterInnen.

Lotta – die italienische Schwesterorganisation der SLP – fordert: "Für die Rechte von AsylwerberInnen und MigrantInnen, gegen alle rassistischen Gesetze. Sofortige Schließung der CPTs."

<http://lottacwi.net>

# VORWÄRTS

## sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 182

Juli 2009



Wenn Jugendliche rechts wählen, reicht Jammern darüber nicht aus.

## Linke Alternativen nötig!

von Lisa Wawra, SLP-Wien

Laut Umfragen ist die FPÖ bei Wahlen derzeit die Nummer 1 unter Jugendlichen. Verschiedene Medien haben ihr Urteil bereits gefällt: Die Jugend ist heute in Österreich einfach rechts. Doch woher kommt der relative starke Zuspruch für die FPÖ in der Wahlkabine?

### Krise trifft Jugendliche massiv

Die Jugendarbeitslosigkeit (Alter: von 15 bis 25) ist im Mai dieses Jahres im Vergleich zum Mai des vorigen Jahres um 38% gestiegen. Sie lag im Mai 09 bei 39.729 (die Jugendlichen in AMS-Schulungen nicht mitgezählt!). Immer mehr Jugendliche finden nach ihrer Ausbildung keinen fixen Job und wenn sie einen finden, dann meistens in einem prekären Arbeitsverhältnis. Die Angst vor einer unsicheren Zukunft wächst. Gerade in Zeiten der Unsicherheit suchen die Menschen vermehrt nach Antworten und Wegen aus der Krise.

### Ablehnung des Establishments und politische Polarisierung

Eine aktuelle Studie zeigt, dass sich einerseits 20% der ÖsterreicherInnen einen starken Führer wünschen, andererseits wünschen sich bereits 5% der Bevölkerung eine Revolution. Das drückt die Ablehnung des Establishments sehr deutlich aus. Viele Jugendliche haben 2008 zwar rechts gewählt. Gleichzeitig hat Österreich mit den SchülerInnenstreiks die vielleicht größten Jugendbewegungen in der Geschichte erlebt. Allgemein steigt die Wut über die Regierenden. Bemerkenswert: Auch die inzwischen völlig angepassten Grünen gelten heute (zurecht) als "Altpartei". Die FPÖ ist momentan die einzige Partei, welche die soziale Frage offensiv anspricht (ohne

wirkliche Lösungen zu haben) und sich vor allem auch Jugendlichen als "freche" Alternative "zum System" darstellt.

### Rassismus & Rechtsextremismus kommen von "Oben"

Hinzu kommt, dass der Rassismus längst in der etablierten Politik verankert ist - Stichwort neue Asylgesetze - bzw. diese auch mit rechtsextremen Umtrieben nie besonders trennscharf umging. Martin Graf wurde schließlich von einer Mehrheit der Abgeordneten und nicht nur von der FPÖ gewählt. Seine vorherige Position als Untersuchungsausschussvorsitzender haben sogar die Grünen mit ermöglicht. Und es ist wirklich nur mehr Heuchelei, sich einerseits über rechte Jugendliche zu beklagen und dann von Jugendlichen getragene Mobilisierungen gegen Rechts - wie am 1. Mai in Linz - von der Polizei auseinanderknüppeln zu lassen.

### Jugendliche gegen Rechts und für ihre Zukunft!

Angehts von Krise und rechter Gefahr entstehen immer mehr größere und kleinere Initiativen von unten - quasi von heute auf morgen. Zum Beispiel RAZ (Recht auf Zukunft), eine Arbeitsgruppe die von steirischen Jugendlichen gegründet wurde. Zum Beispiel die Initiative Lichterkette. Diese Initiativen richten sich vorwiegend gegen die inhaltslose Politik der Großparteien, sowie gegen die rassistischen Wahlkämpfe. Und sie widerlegen durch ihre Praxis die Behauptung, dass "die Jugend" heute einfach rechts sei. Die SLP unterstützt jede derartige Initiative, um so gemeinsam eine wirkliche Alternative zur derzeitigen Politik aufzubauen.

### Rechte Trends sind kein Naturgesetz!

Gerade am Beispiel der Lichterkette Mitte Juni in

Wien kann man zwei Dinge sehr gut erkennen. Erstens zeigen die rund 5000 TeilnehmerInnen, dass es ein beträchtliches Potential an Menschen gibt, die mit dieser rechten Politik nicht einverstanden sind. Zweitens sieht man sehr gut, wie wichtig es ist, hinter derartigen Aktionen auch eine Organisation mit den richtigen Ideen zu haben. Hat man die nicht, so droht der Protest schnell zu einer unpolitischen Picknickveranstaltung zu verkommen und zu verrutschen. Es ist wichtig, dass sich Jugendliche und Menschen die etwas tun wollen gegen die Art wie Politik derzeit gemacht wird, zusammenschließen, um gemeinsam auch Antworten auf die derzeitige Ratlosigkeit der Bevölkerung zu geben. Sowohl in Protesten auf der Straße wie für die Wahlzelle gilt: Dort wo starke und organisierte linke Alternativen existieren, können Rechte in die Schranken gewiesen werden. Nicht nur zahlreiche internationale Erfahrungen - Stichwort Linke in Deutschland - beweisen das. Auch in Österreich gibt es immer wieder Beispiele wie es im Kampf gegen Rechts auch gehen könnte: So wurde in Wien im Juni eine antifaschistische Aktion von maskierten Burschenschaftlern und FPÖlern angegriffen. Durch das entschlossene Handeln von SLP-Mitgliedern und anderen Linken wurde der Angriff abgewehrt, die Rechten verfolgt und enttarnt. Die SLP lädt alle Menschen ein, gemeinsam Widerstand zu organisieren, und ein starkes Zeichen in Richtung einer wählbaren wirklich linken Alternative - am besten einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche - zu setzen.

Das schlaue  
Büchlein für  
AntifaschistInnen  
kannst du auf  
www.slp.at  
bestellen!



### Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr  
Programm!

Das Programm der  
Sozialistischen LinksPartei  
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) Web [www.slp.at](http://www.slp.at)